



Zeev Sternhell

Zeev Sternhell blickt auf 70 Jahre Israel

Inge Günther

Ein ausführliches Gespräch mit dem Doyen der israelischen Historiker und Israel-Preis-Träger Zeev Sternhell über die Gründung Israels, die Gefahren der Besatzung und das Verkommen der politischen Kultur unter den Nationalrechten.

Sie waren ein 13 Jahre alter Junge, einer der wenigen aus Ihrer Familie, der den Holocaust überlebt hatte, als David Ben-Gurion am 14. Mai 1948 Israels Unabhängigkeit deklarierte. Welche Gefühle hat die Staatsgründung bei Ihnen ausgelöst?

Ich lebte damals in Avignon, wohin es mich nach dem Krieg in Polen zunächst verschlug. Israels Staatsgründung und der Befreiungskrieg hatten einen sehr großen Einfluss auf mich. Ich war noch ein Kind, aber ich wollte mitmachen. Also habe ich mich im Alter von 16 Jahren zur Alija (Anm. d. Übers.: Alija ist ein biblischer Begriff, der noch heute die Rückkehr eines oder mehrerer Juden nach Israel bedeutet.), entschlossen, um am Aufbau einer neuen Gesellschaft teilzuhaben. Nicht nur, weil Israel ein jüdischer Staat war, auch die Kibbuzim, die kollektiven Lebensformen, hatten es mir angetan.

Der sozialistische Charakter zog Sie besonders an?

Ja, sehr. Israel war ein neuer und zugleich ein anderer Staat. Für einen Jungen wie mich, der in Polen den Krieg erlebt hatte – wahrscheinlich der schlimmste Platz zu jener Zeit, war es großartig, dass Juden für ihre staatliche Unabhängigkeit kämpften. Ein unvergleichlicher Moment! Im Rückblick von siebzig Jahren ist der Staat, wie wir ihn heute haben, wohl weit weg von dem, was wir erhofften. Aber in jener frühen Zeit war es ein unglaublicher Anblick, Juden, deren Angehörige von den Deutschen vergast worden waren, zu sehen, wie sie einen Platz für sich selber schufen. Damals sah ich Menschen angesichts der Flagge Israels weinen oder wenn sie ihren israelischen Pass erhielten. Alles schien eine Art Wunder zu sein.

Sie selbst kamen ganz auf sich gestellt her?

Ja, mit der Jugend-Alija. Meine Eltern und meine Schwester hatten nicht überlebt. Wie ich überlebt habe? Wie die meisten anderen durch Zufall, weil jemand dort oben (er zeigt mit dem Finger hoch) uns rettete. Nein, im Ernst, meine Mutter

hatte mich einer Tante und ihrem Mann anvertraut, die Geld besaßen und das Glück hatten, dass zwei polnische Familien uns halfen. Yad Vashem hat später eine von ihnen als Gerechte unter den Völkern anerkannt.

Bitte schildern Sie uns Ihre ersten Jahre in Israel.

Hier kam ich zunächst in eine Einrichtung für alleinstehende Kinder wie mich, in Haifa konnte ich dann die Oberschule beenden. Später zog ich in einen Kibbuz wie viele meiner Generation. Man nannte uns die Staatsgeneration. Für uns war auch der Militärdienst, so hart er war, ein Privileg, ein Dienst an der Nation. 1954 ging ich für drei Jahre in die Armee und wurde ein Offizier. Mein erster Krieg war der Krieg von 1956, ich nahm an der Schlacht um Rafah teil.

In Ihrem Fall ist aus dem frühen enthusiastischen Gefolgsmann einer der herausragenden Kritiker israelischer Politik geworden. Wie hat sich der Prozess vollzogen? Hat sich das schleichend entwickelt oder macht sich das an bestimmten Ereignissen fest?

Ein wesentliches Charakteristikum für meine Generation wie auch für die Palmach-Generation vor uns, also derjenigen, die vom Untergrund aus den Staat gegründet hatten, war der Konformismus. Es gab keine Leute, die konformistischer waren als wir, vielleicht abgesehen von jenen in der Sowjet-Revolution. Ich hatte niemals Zweifel, dass unsere politische Führung im Großen und Ganzen das Richtige tat. Erst Jahre später setzte bei mir insofern das Nachdenken ein, als dass die Sinai-Kampagne von 1956, die von England und Frankreich unterstützt wurde, um den ägyptischen Nationalismus zu brechen, vielleicht ein Fehler war.

Keimten solche kritischen Gedanken bei Ihnen vor oder nach dem Sechstagekrieg von 1967 auf?

Gute Frage. In mancher Hinsicht gab es sie schon vorher. Das machte sich vor allem daran fest, dass

die arabischen Israelis zwar Staatsbürger waren, aber bis 1966 unter Kriegsrecht und Ausgangssperre standen. Damit setzte ich mich erstmals in den frühen sechziger Jahren auseinander, während meines Studiums an der Hebräischen Universität in Jerusalem. Aber sofort nach dem israelischen Unabhängigkeitstag im Mai 1967, als die Ägypter ihre Streitkräfte am Sinai massierten, wurde ich von der Armee wieder einberufen. Wie die meisten hier war ich überzeugt, dass wir nur auf die ägyptische Bedrohung reagierten. Dass Gamal Abdel Nasser die Lage falsch kalkulierte, dass er nicht die Absicht hatte, in einen Krieg zu ziehen, haben wir erst im Rückblick erfahren.

Für Israel ging es um die Existenz.

Uns war klar, wir sind existenziell bedroht. Niemand von uns dachte damals an Jerusalem oder das Westjordanland. Nach unserem Sieg im Sechstagekrieg glaubte ich auch nicht, dass wir den Sinai und die Westbank behalten würden. Ich ging davon aus, dass wir uns früher oder später, so wie 1956, zurückziehen werden, dass die Grüne Linie von 1967 die Grenze Israels ist. Bis zum Jom-Kippur-Krieg von 1973 und bis zum Machtwechsel von 1977.

Als der Likud von Menachem Begin erstmals die Wahlen gewann...

Ich war überzeugt, wir sollten und würden alle der 1967 besetzten Gebiete zurückgeben. Ihre Eroberung war ja kein Kriegsziel von uns, sondern lediglich ein Mittel, um die Ägypter zu bezwingen.

Sehen Sie heute die anhaltende Besetzung palästinensischer Gebiete als zentrale Bedrohung der israelischen Demokratie?

Ich betrachte die Besetzung als größtes Desaster der modernen jüdischen Geschichte seit der Schoah. Aber die Frage ist doch, warum wir die eroberten Gebiete nicht hergegeben haben, als wir es noch leicht hätten tun können. Bis 1977 hatte die damals regierende Arbeitspartei zehn Jahre Zeit, etwas mit der

Westbank zu tun. Sie hätte genauso auch bezüglich des Sinai die Initiative ergreifen können, um einen neuen Krieg mit Ägypten zu vermeiden. Warum waren wir dazu nicht in der Lage? Damals galten Sinai und Westbank noch als verhandelbares Paket auf der Basis des Prinzips 'Land gegen Frieden'.

Stand die nationalreligiöse Siedlerbewegung Gusch Emunim in den Weg für ein mögliches Abkommen?

Sie war damals noch eine winzige Minorität. Aber zur Wahrheit des Zionismus gehört: Wir kamen her, um das Land zu erobern. Ich persönlich habe kein Problem mit der Eroberung vor 1948/49, weil das eine lebenswichtige, essentielle Notwendigkeit war. Es war gerecht, da nötig. Wir brauchten ein Stück Land für uns selbst. Aber ich habe ein großes Problem mit dem Festhalten an den Gebieten von 1967. Was danach geschah, war ungerecht, weil es nicht notwendig war. Alle Ziele des Zionismus lassen sich schließlich innerhalb der Grünen Linie verwirklichen. Wir haben kein Recht, den Palästinensern Menschenrechte zu versagen, die das Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit einschließen.

Die israelische Unabhängigkeitserklärung von 1948 klingt progressiv. Sie bekennt sich zu Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden, zu gleichen Rechten für alle Bürger, unabhängig von ihrer religiösen und ethnischen Zugehörigkeit. Sie bezieht sich zudem auf die UN-Menschenrechtscharta. Nur das Wort Demokratie kommt nicht vor. Sehen Sie darin ein Manko?

Das Fehlen des Begriffs Demokratie ist nicht wirklich bedeutsam. Die politische Tradition Israels bezog sich ja auf die britische. Die Grundideen, was Demokratie heißt, kamen aus der britischen Mandatszeit. Dass wir eine parlamentarische Demokratie mit Gewaltenteilung und einem Obersten Gerichtshof als Hüter von Menschenrechten und individueller Freiheit aufbauen wollten, rührt daher. Ebenso gab es eine politische

Kultur, die sich an Spielregeln hält. Auch wenn manches nicht gesetzlich verboten ist, weiß jeder, was ein Gentleman tut und was nicht.

Israel hat alle wichtigen demokratischen Institutionen, woran mangelt es?

Benjamin Netanjahu ist kein Gentleman, sondern von dem her, was wir aus den Ermittlungsverfahren gegen ihn wissen, ein Gauner. Die politische Kultur von heute hätte man sich in den Gründerjahren nicht mal vorstellen können. Politiker, die unter Korruptionsverdacht geraten wären wie er, hätten sich vermutlich aus Scham umgebracht oder sich aus dem öffentlichen Leben verabschiedet. Es gab Demokratie, aber mit Ausnahmen.

Auf welche Ausnahmen spielen Sie an?

Der Pressefreiheit etwa waren durch den Zensor Grenzen gesetzt. Das wurde aber akzeptiert, weil wir uns in einer Notlage befanden. Solche Notstandsgesetze entsprachen übrigens auch den britischen. Aber eine Sache aus der vorstaatlichen Periode macht uns noch heute zu schaffen: Die Idee, dass Demokratie zuerst und vor allem die Herrschaft der Mehrheit bedeutet, hat ihre Wurzeln im Jischuw, in der Histadrut, der jüdischen Bevölkerung vor Staatsgründung und den Gewerkschaften. Demnach verfügt die gewählte Mehrheit über alle Rechte.

Ben-Gurion besaß jahrzehntelang die uneingeschränkte Mehrheit. Als Staatsgründer war er eine unangefochtene Persönlichkeit, die kaum eine Opposition zu fürchten hatte, nicht wahr?

Jeder ist gleich, aber einige sind gleicher als andere – das war das Problem von Ben-Gurion. Allerdings hat sich das in der liberalisierten Ära nach Ben-Gurion geändert. Die Idee, dass alles legitim ist, was die Mehrheit in der Knesset durchbringt, war damals nicht so akut wie jetzt. Der Oberste Gerichtshof stand nie unter solchem Beschuss wie derzeit. Das lag auch an der stillen Übereinkunft, was ein Gentleman tut und was nicht. In einer Demokratie hat

die herrschende Partei eben nicht alle Rechte. Sie muss der Minderheit ermöglichen, ihre Meinung auszudrücken.

Zu den umstrittenen aktuellen legislativen Initiativen gehört das Nationalstaat-Gesetz. Worauf führen Sie zurück, dass siebzig Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung das Regierungslager den jüdischen Staatscharakter zu Lasten der arabischen Minderheit hervorheben möchte?

Dass Israel ein jüdischer Staat ist, stand niemals infrage. Aber gleichzeitig wurde nicht in Frage gestellt, ob die arabische Minderheit volle Staatsbürgerschaft hat, zumindest politisch, wenngleich nicht sozial.

Obwohl arabische Israelis viele Jahre unter Militärrecht lebten?

Bis 1966 war das Gleichheitsprinzip gewissermaßen in Ferien. Aber das war eine temporäre Situation, die unter Premier Levi Eschkol, dem Nachfolger Ben-Gurions beendet wurde. Heute kreierte das rechte Regierungslager eine neue Legitimität, wonach das Land den Juden gehört, weil sie es vor 3000 Jahren von Gott persönlich bekommen haben. Und weil Araber in den besetzten Gebieten von 1967 keine Juden sind, besitzen sie auch nicht das gleiche Recht auf Unabhängigkeit, Punktum.

Lässt sich überhaupt der innere Widerspruch, dass Israel zugleich ein demokratischer und ein jüdischer Staat ist, lösen? Ist dieses Konzept vereinbar mit einer pluralistischen Gesellschaft?

Es ist natürlich nicht perfekt, aber möglich im Sinne, dass ein jüdischer Staat ein Staat der Juden ist, nur eben nicht im religiösen Verständnis des Begriffs. Ein Staat, in dem Juden in der Mehrheit sind, aber die Minderheit gleiche Rechte genießt. Stattdessen haben wir jetzt Knesset-Mitglieder, die sich nicht scheuen festzuschreiben, dass Palästinenser nicht die gleichen Rechte auf das Land besitzen, weil sie keine Juden sind.

Solche Töne hören wir von Ultrationalisten wie Bezalet

Smotrich, ein Abgeordneter von Habajit Hajehudi, des Jüdischen Heim. Aber sind sie repräsentativ?

All die Leute, die sich um Netanjahu scharen, glauben wirklich, dass unsere Existenz nicht auf Menschenrechten basiert, nicht auf dem Recht der Juden zur Selbstbestimmung. Für sie sind die Grundlage unserer Existenz Gott und die Bibel, aus der sie ableiten, dass Araber nicht zu dem Land gehören wie wir Juden. In ihren Augen kann es keinen palästinensischen Staat geben. Sie oder wir, lautet ihre Devise.

Wie gefährlich sind solche Tendenzen, einschließlich diverser Gesetzesvorlagen gegen linke NGOs, für die israelische Demokratie?

Ich halte sie für extrem gefährlich und warne seit Jahren, dass dies die israelische Demokratie beenden könnte. Rechte wie Bennett und Co glauben wirklich, dass Nicht-Juden, die im Machtbereich der Juden leben, nicht die gleichen Rechte wie Juden beanspruchen können. Sie denken dabei als erstes an das Westjordanland, aber einige auch an arabische Israelis. Ihrer Meinung nach ist die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz eine alberne Erfindung diverser Linker.

Markiert 1967 in dieser Hinsicht den Wendepunkt?

Solche Ideen haben sich nach dem Sechstagekrieg infolge der Besatzung entwickelt. Weil nach Ansicht der Nationalreligiösen alles auf dem jüdischen Besitzanspruch auf das Land basiert.

Das Land der biblischen Vorfäter zu besiedeln, auf dem einst Stammesvater Abraham wandelte, hat die Nationalreligiösen geradezu beflügelt.

Sicher. Die Besetzung der Gebiete nach '67 war kein reiner Zufall. Sie hat einen Prozess in Gang gesetzt, einschließlich einer Art Apartheid in den besetzten Gebieten, der die Armee zu einem Instrument der Unterdrückung von Arabern machte. Diese Radikalisierung des jüdischen Nationalismus ist ein Produkt

des Sechstagekrieges. Dabei unterschied sich der jüdische Nationalismus in den zwanziger und dreißiger Jahren nicht sehr von anderen Nationalbewegungen in Europa. Aber er war frei von rassistischen Anklängen und Überlegenheitsgefühlen. Doch während heute das europäische Nationaldenken liberaler wird (Ost-Europa ist eine andere Geschichte), sind wir näher an die alte deutsche Blut-und-Boden-Ideologie gerückt.

Bitte, habe ich richtig gehört? Das ist doch ein Nazi-Konzept!

Ja, aber es gehört nicht nur zum Nationalsozialismus. Es war Teil der deutschen Kultur, lange, bevor Hitler an die Macht kam. Das gleiche Konzept existierte in Frankreich, die Franzosen nannten es Ende des 19. Jahrhunderts „la terre et les morts“. Wir in Israel stehen dieser Idee inzwischen weit näher als vor fünfzig Jahren.

Einerseits ist Israel, das Problem mit der Besatzung mal beiseitegelassen, zu Recht stolz, die einzige Demokratie im Nahen Osten zu sein. Es gibt eine vitale Zivilgesellschaft, eine Polizei und eine Justiz, die sich nicht scheuen, der Korruption in der Regierung nachzugehen, sowie einen Obersten Gerichtshof, der Bürgerrechte und Minderheitenrechte verteidigt. Andererseits fällt eine gewisse Geringschätzung dieser rechtsstaatlichen Institutionen und ihrer Wächter auf. Wie erklären Sie diesen Widerspruch?

Ich denke, die meisten Leute in Israel finden, die Demokratie sei nicht nur ein Luxus, sondern irrelevant für die Bedürfnisse unserer Gesellschaft. Nationale Identität bedeutet ihnen mehr als Demokratie. Für sie geht der Zusammenhalt des Volkes vor, das Sicherstellen der Dominanz über die Araber über Generationen hinweg. Ich entsinne mich eines berühmten Rabbiners aus der Zeit nach 1967, einer der Siedlungsgründer in Hebron, der gesagt hat, 'Demokratie ist kein jüdischer Wert'. Die Nationalreligiösen halten die liberale Demokratie für ein ausländisches, verzichtbares Element, eine

Gefahr für den jüdischen Staat. Was für sie zählt, ist die Herrschaft der Mehrheit.

Der Premier von Ungarn würde dem zustimmen.

Meiner Meinung nach ist das, was Viktor Orbán über illiberale Demokratie sagt – ein Begriff, den er erfunden hat – Bullshit. Demokratie ist entweder liberal oder nichtexistent.

Auf welche politischen Akteure in Israel setzen Sie noch Ihr Vertrauen?

Derzeit nur auf den Allmächtigen, falls es ihn gibt. Das eigentliche Problem besteht in der Führung. Die einzige Rechte, die wir haben, ist die Radikalrechte. Wir haben keine liberalen Konservativen mehr wie in der Vergangenheit zu Zeiten von Menachem Begin.

Und die Linke?

Sie gibt es kaum, nur ein Zentrum. Und Zentristen sind definitionsgemäß keine Kämpfer. Die softe Linke ist stets zu einer Vereinbarung mit den Rechten bereit. Das heißt, die Rechte hat die Schlacht gewonnen. Die einzig wirklichen Linken befinden sich in Israel am Rande der Gesellschaft.

Die Schwäche der Arbeitspartei hat auch damit zu tun, dass sie als aschkenasisch-europäische Elite von den orientalischen Mizrachim verpönt wird. Sehen Sie eine Chance, das zu ändern?

Ja und nein. Die Mizrachim waren Opfer einer argen Diskriminierung in den fünfziger und sechziger Jahren. Aber zur Wahrheit gehört auch, dass die Erinnerung an besagte Diskriminierung aus politischen Gründen von rechten Politikern geschürt wird.

Dabei gehören auch den Rechten viele Aschkenasim an.

Letztlich geht es um eine soziale und ökonomische Frage, keine kulturelle. Gegen die Arbeitspartei zu sein, hat die Chancen eines jüdisch-marokkanischen Nachkommens, der keine Universität besuchen konnte, nicht verbessert. Anstatt echter Sozialpolitik wird kulturelle

Genugtuung in Form eines radikalen Nationalismus' und Hasses auf die Linken geboten. Ein Phänomen, das wir aus der europäischen Geschichte kennen. Das Problem der Arbeitspartei und vieler anderer Linken ist, dass sie keine Wirtschaftspolitik verfolgen, die sich von der neoliberalen unterscheidet. In der hiesigen Politik geht es um Gefühle und Emotionen und auf diesem Feld ist die Rechte immer im Vorteil.

Heißt das, der Nahostkonflikt bleibt ungelöst?

Gegenfrage: Glauben Sie, die Besetzung der Westbank lässt sich ohne Bürgerkrieg in diesem Land beenden? Kennen Sie Leute, die bereit und in der Lage sind, soweit zu gehen, um das Problem zu lösen? Nein, die gibt es nicht. Die Lage ist beinahe aussichtslos. Warum sollten wir den Kampf gegen die Siedler aufnehmen, so lange in diesem nationalistischen Desaster hier nichts Dramatisches passiert, solange das Leben gut ist und die Ökonomie funktioniert?

Aber ohne Lösung der palästinensischen Frage kann es auf Dauer keinen demokratischen Staat Israel mit einer jüdischen Mehrheit geben. Schon jetzt leben zwischen Mittelmeer und Jordan laut den jüngsten demografischen Erhebungen etwa genauso viele Araber wie Juden.

Für die jüdische Mehrheit zählt die arabische Stimme nicht. Auch Yair Lapid von der Jesch-Atid-Partei und Arbeitspartei-Chef Avi Gabbay – die einzigen Herausforderer Netanjahus – schließen eine Zusammenarbeit mit den arabischen Parteien aus. Die Schlacht ist verloren, bevor sie begonnen hat. Längst nicht alle der rund einer halben Million Siedler sind Ideologen. Aber die rechte ideologische Siedlerschaft hat einen Staat im Staate errichtet. Sie ist stärker als wir, weil sie für ihre Ideen zu sterben bereit ist, wir sind das nicht.

Ein düsterer Befund.

Aber er erklärt, was Netanjahu tut, seitdem er regiert. Ja, wir sind die einzige Demokratie in Nahost, aber befinden uns im Prozess der

Selbsterstörung. Weil die Demokratie langfristig an der Besetzung zugrunde geht. Wir sind die letzte westliche Kolonialmacht. Wären wir kein jüdischer Staat, würden die meisten Leute im Westen das nicht akzeptieren. Aber weder Deutschland, noch Frankreich oder Großbritannien sind in der Lage, klar zu sagen, dass ein jüdischer Staat, der die Westbank besetzt hält und die Palästinenser unterdrückt, keine Demokratie nach westeuropäischem Verständnis sein kann.

Wohin wird das führen? Am Ende zu einer Ein-Staat-Lösung?

Die Chancen, zwei Staaten zu schaffen, sind bereits viele Male verpasst worden. Die Palästinenser sind dafür mitverantwortlich. Das Flüchtlingsrecht auf Rückkehr ist selbst für mich unakzeptabel. Leider helfen jene Palästinenser, die von Rückkehr träumen, der israelischen Rechten, die jetzige Situation zu zementieren. Die Zwei-Staaten-Lösung wäre noch möglich, wenn wir uns aus dem Westjordanland weitgehend zurückziehen, aber die Siedlungsblöcke behalten. Nur sind wir aus eigenen Stücken dazu unfähig, ohne die Amerikaner und die Europäer.

Donald Trumps 'Jahrhundert-Deal' scheint einem anderen Konzept zu folgen.

Das Problem mit diesem Idioten wird hoffentlich in drei Jahren verschwunden sein. Doch selbst ein demokratischer Präsident kann nicht viel ausrichten. Der Konflikt ist einfach nicht wichtig genug für die Amerikaner und Europäer. Warum sollten sie sich dem Risiko des Scheiterns ausrichten, solange Juden und Araber irgendwie miteinander hinkommen? Eine echte Lösung erfordert das Mittun von Israelis, Palästinensern, arabischen Staaten, den USA und Europa, um ein ganzes Lösungspaket zusammen zu schnüren. Das ist eine Sisyphos-Aufgabe.

Also bleibt alles wie gehabt?

Ich glaube, die Lage wird am Ende unhaltbar werden. Aber die Rechten finden sie komfortabel, wie sie ist. Eine Annexion der besetzten

Gebiete ist für sie nicht dringlich, zumal diese uns zwingen würde, den Palästinensern irgendeine Art Recht einzuräumen.

Fast überall in der Welt sind rechte Populisten derzeit im Aufwind. Wie weit ist Israel in diesem globalen Trend eingebettet?

Die israelischen Nationalrechten sind dadurch zweifelsohne ermutigt. Sie kooperieren ja auch mit den verschiedenen rechten Parteien in Europa. Und die Zukunft gehört ihnen. Viele hier denken, wir gehören zur gleichen Bewegung im Kampf gegen die Liberalen. Die Trump-Episode wird nicht ewig währen. Aber unsere Rechten haben einen Zustand geschaffen, zu dem die anderen Israelis keine Alternative sehen. Sie vermögen sich nichts Besseres vorzustellen als den Status Quo.

Zeev Sternhell, 83, israelischer Historiker und Politologe, hat sich weltweit einen Namen als Faschismus-Experte gemacht. An der Hebräischen Universität in Jerusalem leitete er jahrelang die Abteilung für politische Wissenschaften. 2008 erhielt er für seine Arbeit den renommierten Israel-Preis. Im gleichen Jahr entging er, der zu den Vordenkern des linken Friedenslagers gehört, nur knapp dem Anschlag eines Rechtsradikalen, als vor seiner Haustür in Jerusalem eine Rohrbombe explodierte und ihn verletzte. Sternhell hat sich aber davon nicht einschüchtern lassen. Noch heute schreibt er für die Zeitung „Haaretz“ bissige Kolumnen, in denen er die Besatzungs- und Siedlungspolitik kritisiert.

Inge Günther, 64, hat zwanzig Jahre als Jerusalem-Korrespondentin für deutsche Tageszeitungen gearbeitet, darunter die Frankfurter Rundschau und die Berliner Zeitung. Für ihre Berichte aus Israel und Palästina wurde sie mehrfach ausgezeichnet. 2017 erhielt sie den Journalistenpreis der Deutschen Initiative für den Nahen Osten (DINO). Seit diesem Jahr arbeitet sie als „freie“ Journalistin in Berlin mit einem zweiten Standbein in Jerusalem.

Glossar

Aschkenasim — (weiblich: Aschkenasijot)

oder aschkenasische Juden und Jüdinnen, im israelischen Kontext die Bezeichnung für aus Europa stammende Juden und Jüdinnen.

Begin, Menachem — (1913–1992)

wurde in Brest-Litowsk (heute Weißrussland) geboren, studierte in Warschau, wo er sich 1929 Zeev Jabotinskys Betar-Bewegung anschloss, in der er bald eine Führungsrolle übernahm. Er flüchtete vor der einmarschierenden deutschen Wehrmacht nach Litauen, das sich unter sowjetischer Herrschaft befand. Dort wurde er als angeblicher Agent des britischen Imperialismus verhaftet, verurteilt und in einem Gulag eingekerkert. Nach seiner Freilassung (1941) trat er in der Sowjetunion der polnischen Armee bei und kam mit seiner Kompanie über Iran nach Palästina. Dort schloss er sich 1942 der revisionistischen paramilitärischen Organisation Etzel/Irgun (entstanden 1931 als Abspaltung von der Mapai-geführten Hagana) an, deren Führung er 1943 übernahm. Unter den von Etzel verübten Anschlägen gegen die britische Mandatsregierung und die palästinensische Zivilbevölkerung ist der Bombenanschlag auf das King David Hotel in Jerusalem (22. Juli 1946) der bekannteste sowie das zusammen mit Lechi (die sogenannte Stern-Gruppe) verübte Massaker von Deir Yasin (16. April 1948). Nach der Staatsgründung wurde Etzel zum Teil gewaltsam (Altalena-Vorfall) aufgelöst und in die israelische Armee integriert. Begin gründete 1948 die Cherut-Partei, als deren Chef er seit 1949 Knesset-Abgeordneter war. Er lehnte das (Luxemburger) Wiedergutmachungsabkommen zwischen Israel und der BRD (1952) entschieden ab und war wohl an der Verschickung von Paketbomben an Mitglieder des deutschen Verhandlungsteams und Kanzler Konrad Adenauer beteiligt. Mit Ausnahme der Großen Koalition, die mit Ausbruch des Krieges von 1967 gebildet wurde, blieb die von Begin geführte Cherut-Partei in der Opposition, bis es er von ihm geführten Wahlliste Likud vor allem durch die Stimmen der systematisch benachteiligten Mizrachim/Mizrachijot gelang, die Wahlen 1977 zu gewinnen und damit die Vorherrschaft der Arbeitspartei/Mapai zu beenden. Seine Amtszeit als Premierminister (1977–1983) war vor allem mit einer Verbesserung der (wirtschaftlichen) Situation der Mizrachim/Mizrachijot verbunden sowie mit dem Friedensabkommen mit Ägypten (1979), dem israelischen Luftangriff auf den irakischen Atomreaktor (1981) und dem ersten Libanonkrieg (1982). Angesichts des

breiten anhaltenden Protests in Israel gegen den Krieg, insbesondere infolge des Massakers in Sabra und Schatila, legte Begin 1983 seine Ämter nieder und zog sich aus der Öffentlichkeit zurück.

Ben-Gurion, David — (1886–1973)

gilt gemeinhin als der Gründungsvater Israels. Das aus Polen stammende Mitglied der zionistischen Bewegung war einer der Gründer und Vorsitzende der Histadrut (1920–1935) und der Mapai/Arbeiterpartei (gegründet 1930), seit 1935 Vorsitzender der Jewish Agency, seit 1946 Geschäftsleiter der Zionistische Weltorganisation und somit de facto Oberhaupt des Jischuws in Palästina. Er rief im Mai 1948 den Staat Israel aus und wurde dessen erster Premierminister und Verteidigungsminister; mit einer Unterbrechung (1954–1956) blieb er bis 1963 im Amt; 1970 zog er sich aus der Politik zurück.

Gusch Emunim

(hebräisch für: Der Block der Gläubigen) 1974 gegründet, verstand sich als religiös-zionistische Erneuerungsbewegung, die die Gründung Israels als Teil eines messianischen Erlösungsprozesses sah, zu dem auch die Inbesitznahme von ganz Eretz Israel gehörte. Die vielleicht einflussreichste außerparlamentarische Bewegung seit Gründung des Staates forderte und förderte die Errichtung jüdischer Siedlungen in den 1967 besetzten palästinensischen Gebieten. Aus seinen Reihen ging eine Terrorgruppe („Jüdischer Untergrund“) hervor, deren Aktivitäten (1979–1984) primär aus Versuchen, den Felsendom zu sprengen, und aus Terrorangriffen auf Palästinenser*innen in den besetzten Gebieten bestanden. Gusch Emunim löste sich Ende der 1980er auf, als sich prominente Mitglieder zunehmend in etablierten rechten Parteien und staatlichen Institutionen sowie in den Jescha-Rat integrierten. Die 1976 errichtete Unterabteilung Amana (deutsch: Pakt), die sich um den praktischen Teil des Siedlungsbaus kümmert, verselbstständigte sich und fördert heute Bauprojekte in den besetzten Gebieten und in Israel selbst (in Gebieten mit mehrheitlich palästinensischer Bevölkerung).

Die Grüne Linie

Die in den Waffenstillstandsabkommen am Ende des Krieges von 1948 (1947–1949) vereinbarten Demarkationslinien wurden zu Israels international anerkannten Grenzen. Infolge des Krieges von 1967 besetzte Israel Gebiete über diese Grenzen hinaus. Die Grüne Linie bezeichnet jene international anerkannten Grenzen, die Israel selbst und die besetzten Gebiete voneinander trennt. Aufgrund gezielter Regierungspolitik, die die Grüne Linie aus Landkarten und Schulbüchern verschwinden lässt, und wegen des Zuzugs von immer mehr

jüdischen Siedler*innen in die besetzten Gebiete verschwindet die Grüne Linie zunehmend aus dem israelischen kollektiven Bewusstsein.

HaBajit HaJehudi

(hebräisch für: das Jüdische Haus/Heim) 2008 gegründete Partei, ist in gewisser Weise die Nachfolgerin der Nationalreligiösen Partei (Mafdal). Diese wurde 1956 als orthodox-religiöse, bürgerlich-zentristische Partei gegründet, die bis 1977 Teil der von Mapai und danach von der Arbeitspartei geführten Regierungskoalitionen war. Seit 1986 beteiligte sich Mafdal wiederholt (mit Unterbrechungen) an verschiedenen, nun Likud-geführten Regierungskoalitionen, allerdings mit einer neuen, zunehmend rechtsnationalistischen Agenda. Sie engagierte sich insbesondere für den Bau jüdischer Siedlungen in den seit 1967 besetzten Gebieten und war eng mit Gusch Emunim verbunden. Mafdal löste sich 2008 auf, um mit zwei anderen rechten Parteien, Moledet (Heimat) und Tkuma (Wiedergeburt), die Partei HaBajit HaJehudi zu gründen. Allerdings machten sich die beiden Partnerparteien bald darauf wieder selbstständig. Bei den Wahlen 2009 erhielt die Partei drei Knesset-Sitze (von 120). Ende 2012 übernahm der charismatische Hightech-Millionär und ehemalige Stabschef von Benjamin Netanjahu, Naftali Bennett, den Parteivorsitz, der sowohl die traditionelle Wählerschaft der Partei, insbesondere in der Siedlerbewegung, als auch weitere Kreise, einschließlich säkulare nationalistische Jüdinnen und Juden, ansprechen konnte. Bennett lehnt jede Konzession an die Palästinenser*innen ab und fordert die Annexion großer Teile der Westbank (C-Gebiete). Zu den Wahlen 2013 trat die Partei im Rahmen einer Wahlliste zusammen mit Moledet und Tkuma an, sie erhielten 12 Knesset-Sitze (von 120) und wurde Teil der Regierungskoalition Benjamin Netanjahus. Bei den Wahlen 2015 machte sie sich wieder unabhängig, trat selbstständig an, erzielte acht Sitze (von 120) und wurde zu einem zentralen Partner in Netanjahus Regierungskoalition.

Hebron — (arabisch: al-Chalil)

Stadt in der Westbank, in der heute mehr als 200.000 Palästinenser*innen und ca. 1.000 israelische Siedler*innen leben. Hebron ist für Jüdinnen und Juden eine heilige Stadt, die jüdischen Gemeinden vor Ort haben eine lange Geschichte. Steigende Spannungen zwischen der indigenen arabischen Bevölkerung und der zionistischen Bewegung mündeten 1929 in ein Massaker an den jüdischen Bewohner*innen von Hebron, die dann 1936 von der britischen Mandatsregierung gezwungen wurden, die Stadt zu verlassen. Nach der Eroberung im Krieg von 1967 ließen sich radikale jüdische Siedler*innen im Stadtzentrum (sowie in der 1970/71

gegründeten Siedlung Kirjat Arba am Stadtrand) nieder. Hebron wurde zum Zentrum gewaltbereiter Siedler*innen. 1994 verübte ein in Kirjat Arba lebender Siedler ein Massaker an palästinensischen Betenden in der Ibrahim-Moschee. Trotz des Oslo-II-Abkommens (1995) weigerte sich Israel, die Stadt zu räumen. Stattdessen wurde die Stadt aufgrund des Hebron-Abkommens (1997) in zwei Zonen aufgeteilt: H1 (ca. 80 Prozent) und H2 (ca. 20 Prozent), wobei nur H1 geräumt wurde. Die palästinensische Bevölkerung in H2 ist seitdem in ihrer Bewegungsfreiheit extrem eingeschränkt (so ist Palästinenser*innen etwa das Betreten der zentralen Schuhada-Straße verboten), Hunderte Geschäfte mussten schließen. Folglich schrumpft die palästinensische Bevölkerung in H2 beträchtlich.

Histadrut – (hebräisch für: Organisation)

bezeichnet den Dachverband, in dem die meisten Gewerkschaften Israels organisiert sind. 1920 gegründet, war sie ein Hauptpfeiler der zionistisch-sozialistischen Bewegung und der auf Staatsgründung ausgerichteten Strukturen vor 1948. Die Histadrut wurde zu einer der mächtigsten Organisationen in Israel, die nicht nur gewerkschaftliche Aufgaben wahrnahm (mehr als 80 Prozent der Arbeitnehmer*innen wurden von ihr vertreten), sondern auch einige der größten Konzerne, die größte Bank, die meisten Pensionsfonds und die größte Organisation im Gesundheitswesen („Krankenkasse“) besaß. Im Zuge der neoliberalen Wirtschaftspolitik, die seit den 1980er Jahren von der Regierung verfolgt wird, (siehe hierzu auch: Nicht wirklich eine Start-up-Nation), wurde die Histadrut auf ihre gewerkschaftliche Tätigkeit beschränkt. Auch in dem Bereich ging ihr Einfluss stark zurück, insbesondere aufgrund des rapide gesunkenen gewerkschaftlichen Organisationsgrads. Seit 1995 heißt der Dachverband offiziell Neue Histadrut.

Jischuw

(hebräisch für: Siedlung) bezeichnet das zionistisch-jüdische Gemeinwesen in Palästina vor der Staatsgründung 1948.

Krieg von 1956

auch Sinai-Krieg oder Suezkrise genannt. Nach der Verstaatlichung des Suezkanals beteiligte sich Israel an dem britisch-französischen Versuch, den Kanal zu erobern. Der Angriff auf Ägypten begann mit dem israelischen Einmarsch in den Gazastreifen und die Sinai-Halbinsel. Aufgrund internationalen Drucks mussten die Kampfhandlungen eingestellt und die eroberten Gebiete geräumt werden. Der Rückzug der israelischen Armee vom Sinai und aus dem Gazastreifen wurde im März 1957 abgeschlossen.

Krieg von 1973

offizielle israelische Bezeichnung meist: Jom-Kippur-Krieg; auf arabischer Seite meist Oktober-Krieg genannt. Am Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, griffen die Armeen einer von Ägypten und Syrien geführten Koalition Israel an und begannen einen Krieg, auf den Israel aufgrund einer Fehleinschätzung nicht vorbereitet war und der in Israel ein nationales Trauma zur Folge hatte.

Likud

(hebräisch für: Vereinigung) entstand 1973 als gemeinsame Wahlliste der von Menachem Begin geführten Cherut-Partei und einer Reihe von rechten und liberalen Bewegungen/Parteien in Reaktion auf die gemeinsame Wahlliste von Arbeitspartei und Mapam. Der Likud gewann die Wahlen 1977, womit die Mapai-Vorherrschaft zu Ende ging. 1988 lösten sich die an der Wahlliste beteiligten Parteien auf und der Likud wurde als Partei neu konstituiert. Ihr derzeitiger Vorsitzender ist Benjamin Netanjahu.

Knesset

(hebräisch für: Versammlung; nimmt Bezug auf die Große Versammlung, das heißt dem nach Überlieferung aus 120 Mitgliedern bestehenden Obersten Rat der jüdischen Gemeinden nach der Rückkehr aus dem babylonischen Exil) bezeichnet das israelische Parlament in Jerusalem, dem 120 Abgeordnete angehören, die nach Verhältniswahlrecht mit einer Sperrklausel von derzeit 3,25 Prozent gewählt werden, wobei sich Parteien oder Wahllisten zur Wahl stellen können. Eine Legislaturperiode dauert in der Regel vier Jahre

Mizrachim

Mizrachim (hebräisch für orientalisches) ist die Bezeichnung für aus Asien und Afrika stammende jüdische Israelis, wobei die meisten von ihnen aus arabischen und muslimischen Ländern eingewandert sind. Die Bezeichnung Mizrahim wird in Abgrenzung zu den aus Europa stammenden Aschkenasim verwendet.

Palmach

(Akronym des hebräischen Namens für: Sturmtruppen) 1941 als Eliteeinheit der Hagana (hebräisch für: Verteidigung), der paramilitärischen Organisation des zionistischen Gemeinwesens, während des britischen Mandats in Palästina gegründet. Nach der Staatsgründung im Jahr 1948 wurde der Palmach aufgelöst und in die neue israelische Armee integriert, in der viele seiner ehemaligen Mitglieder Führungspositionen übernahmen.

Siedlungsblöcke

Ein Begriff, der insbesondere in den Verhandlungen im Rahmen des Oslo-Prozesses verwendet wurde. Er bezeichnet Teile der 1967 besetzten Gebiete, in denen israelische Siedlungen zahlreich sind und relativ dicht beieinanderliegen. In den Verhandlungen wurde von israelischer Seite argumentiert, dass aufgrund der dichten Besiedlung diese „Blöcke“ auch im Rahmen eines Friedensabkommens mit den Palästinenser*innen nicht geräumt werden könnten und ein Teil des israelischen Staatsgebiets werden sollten.

Unabhängigkeitserklärung

Im Februar 1947 übergab die britische Mandatsmacht das Palästina-Problem den Vereinten Nationen, woraufhin im November 1947 der Teilungsplan für Palästina (UNO-Resolution 181/II) angenommen wurde. In Reaktion auf die Resolution brach ein Bürgerkrieg zwischen der jüdischen und der palästinensischen Bevölkerung aus. Am formellen Ende des Mandats (14. Mai 1948) rief David Ben-Gurion in Tel Aviv den Staat Israel aus. Daraufhin traten die arabischen Nachbarstaaten in den Krieg ein, der 1949 mit Waffenstillstandsabkommen beendet wurde. Die Ausrufung des Staates Israel wird üblicherweise auch als Unabhängigkeitserklärung bezeichnet. Darüber hinaus ist dies auch die allgemein übliche Bezeichnung des Dokuments, das formell die Ausrufung/Erklärung der Errichtung des Staates Israel (am 14. Mai 1948) war. (Eine deutsche Übersetzung des Texts findet sich unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Israelische_Unabh%C3%A4ngigkeitserkl%C3%A4rung.) Darin wird auch der vorgesehene jüdische und demokratische Charakter des Staates angeführt. Unter anderem heißt es: „Der Staat Israel wird der jüdischen Einwanderung und der Sammlung der Juden im Exil offenstehen. Er wird sich der Entwicklung des Landes zum Wohle aller seiner Bewohner widmen. Er wird auf Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden im Sinne der Visionen der Propheten Israels gestützt sein. Er wird all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht, soziale und politische Gleichberechtigung verbürgen. Er wird Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Sprache, Erziehung und Kultur gewährleisten, die Heiligen Stätten unter seinen Schutz nehmen und den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen treu bleiben.“ Allerdings haben die in der Erklärung genannten allgemeinen Bürgerrechte nach israelischer Rechtsprechung keine Rechtskraft.

Westbank

Die Westbank, auf Deutsch auch Westjordanland genannt, ist ein fast 5.900 Quadratkilometer großes Gebiet, in dem heute um die 2,8 Millionen Palästinenser*innen sowie etwa 550.000 israelische Siedler*innen leben. Im Norden, Westen und Süden grenzt die Westbank (zu der auch Ost-Jerusalem gehört) an Israel und im Osten, entlang des Jordan-Flusses, an Jordanien. Die Westbank und der Gazastreifen sind die Gebiete von Palästina, die im Krieg von 1948 nicht Teil des neu gegründeten Staates Israel wurden. Nach dem Krieg von 1948 stand die Westbank unter jordanischer Kontrolle und wurde 1950 von Jordanien annektiert (was allerdings international kaum anerkannt wurde). Im Krieg von 1967 eroberte Israel unter anderem auch die Westbank, deren Besatzung bis heute fortbesteht.

Yad Vashem

(hebräisch: Jad waSchem, „eine Gedenkstätte und ein Name“) Name der 1953 auf dem Herzlberg in Jerusalem errichteten Gedenkstätte der Märtyrer und Helden des Holocaust (sowie Name der sie verwaltenden staatlichen Behörde), die auch über ein sehr großes Ausstellungs- und Dokumentationszentrum verfügt

Zweistaatenlösung

In der Debatte um die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts bezeichnet der Begriff die Konzeption, wonach Israel die 1967 besetzten Gebiete räumt und sich in seine international anerkannten Grenzen zurückzieht, während im Gazastreifen und in der Westbank (einschließlich Ost-Jerusalem) ein palästinensischer Staat entsteht. Diese Konzeption kann als eine revidierte Version des UNO-Teilungsplans von 1947 angesehen werden, die die historischen Entwicklungen berücksichtigt. Es werden/wurden auch Varianten der Zweistaatenlösung vertreten: So wird unter anderem von israelischer Seite oft die Teilung Jerusalems abgelehnt sowie die Räumung der sogenannten Siedlungsblöcke, wobei mitunter angeboten wird, andere Gebiete Israels dem zu entstehenden palästinensischen Staat als Ersatz zu überlassen. Im Zusammenhang mit einem eventuellen Landtausch wird von rechten israelischen Politiker*innen zuweilen gefordert, palästinensische Bürger*innen Israels zusammen mit dem Land „abzutreten“.